

Nicaragua

Auszug aus der Broschüre: Parteien und Parteienkooperationen der KAS in Lateinamerika, Konrad-Adenauer-Stiftung, Internationale Zusammenarbeit, 2008.

Politische Rahmenbedingungen

Nach der Unabhängigkeit 1838 wurde die politische Entwicklung des Landes vom Kampf zwischen liberalen und konservativen Parteibewegungen bestimmt, den die USA im 19. Jahrhundert durch militärisches Eingreifen zugunsten der liberalen Partei entschieden. In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zum Bürgerkrieg, in dessen Verlauf der General Augusto Sandino die amerikanischen Truppen zwang, das Land zu verlassen.

1937 übernahm Anastasio Somoza García aus der liberalen Partei die Macht und baute sie aus zu einer Militärdiktatur. Nach seiner Ermordung 1956 trat sein Sohn Anastasio Somoza Debayle die Präsidentschaft an und führte die Diktatur fort.

Unter der Führung des bereits 1961 gegründeten *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) kam es schließlich zu einem kurzlebigen bewaffneten Volksaufstand gegen die Somoza-Diktatur und zur Machtübernahme der Sandinisten 1979. Vorausgegangen war eine Solidarisierung bürgerlicher Kräfte mit dem FSLN nachdem die Familie Somoza den überwiegenden Teil der internationalen Hilfe anlässlich des verheerenden Erdbebens von 1976 vereinnahmt und die Ermordung des einflussreichen Zeitungsbesitzers Pedro Joaquín Chamorro im Jahre 1978 zu verantworten hatte.

Der FSLN kontrollierte das politische Geschehen bis 1990 mit Daniel Ortega als Präsidenten. In dieser Zeit wurden umfangreiche Reformen nach dem sozialistischen Gesellschaftsmodell durchgeführt. Das innenpolitische Klima wurde von der Weigerung des FSLN geprägt, vereinbarungsgemäß im Jahre 1980 freie Wahlen durchzuführen. Dadurch wurde der Konsens mit den bürgerlichen Kräften gebrochen und die Sandinisten begannen unter gravierenden Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten ein Hegemonialparteienregime zu errichten. Entscheidend beeinflusst wurde die sich vollziehende innenpolitische Entwicklung zudem durch den antisandinistischen Kurs der USA („Contra-Krieg“) in den Jahren 1981 bis 1990. Ein von Europa unterstützter Friedensplan (Esquipulas-Abkommen) ermöglichte schließlich Verhandlungen und einen friedlichen Wandel durch Wahlen.

In international überwachten Wahlen gewann 1990 ein breites oppositionelles Bündnis, *Unión Nacional Opositora* (UNO), unter Violetta Chamorro. Sie beendete noch im gleichen Jahr den Contra-Krieg und versuchte die direkte Konfrontation mit der sandinistischen Opposition zu vermeiden. Auch führte der Regierungswechsel zur Normalisierung der Beziehungen zu den USA, doch stand die Regierung Chamorro unter massivem Druck, die Wirtschaft zu privatisieren und Ländereien zurückzugeben. Insgesamt nahm die Polarisierung zwischen Sandinisten und Anti-Sandinisten zu und bestimmte die politische Entwicklung ab den 1990er Jahren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

1995 wurde die sandinistische Verfassung von 1987 dahingehend geändert, dass das Parlament gegenüber den Präsidenten mehr Rechte bekam. Im Jahre 2000 kam es zu weiteren partiellen Verfassungsreformen und Änderungen der politischen Rahmengesetzgebungen (wie z.B. des Wahl- und Parteiengesetzes), die dazu führten, dass die demokratische Gewaltenteilung geschwächt und die staatliche Institutionalität politisiert wurde. Ausgangspunkt war der sogenannte „politische Pakt“ (*Pacto Político*) zwischen der Liberalen Partei und dem FSLN zur Sicherung der politischen Hegemonie beider Parteien. Er gipfelte in Verfassungsänderungen, die die personelle Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes, des Rechnungshofes sowie des Obersten Wahlrates um Vertreter beider Parteien in einer Form erweitert haben, dass diese Institutionen de facto vom PLC und dem FSLN kontrolliert werden.

Im Jahre 2005 wurden weitere Verfassungsreformen verabschiedet, die allerdings erst mit der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten werden. Diese nehmen dem Präsidenten als Spitze des Staates und der Regierung wichtige Exekutivfunktionen, wie Ernennung der Minister, der Botschafter, Leiter staatlicher Spitzeninstitutionen etc. und legen sie in die Hand des von den „Paktparteien“ beherrschten Parlaments. Durch die partiellen Verfassungsreformen, die allerdings den Kern der bis dahin geltenden Verfassung von 1995 veränderten, vermieden es die beiden „Paktparteien“, die Macht an eine Verfassunggebende Versammlung mit allen ihren politischen Unwägbarkeiten abzugeben.

Nicaragua ist trotzdem laut Verfassung weiterhin eine Präsidialdemokratie auf der Grundlage einer schwach ausgeprägten demokratischen Kultur. Der Präsident wird für eine fünfjährige Amtszeit gewählt, eine direkte Wiederwahl ist nicht möglich.

Administrativ ist das Land in 15 Departments, zwei autonome Regionen und 153

Gemeinden aufgeteilt. Die beiden autonomen Regionen verfügen über eine indigene Selbstverwaltung auf der Grundlage separater Regionalwahlen.

Die Legislative (Nationalversammlung) umfaßt mindestens 90 Abgeordnete (zusätzliche Sitze erhalten der aus dem Amt scheidende Präsident sowie der bei den Präsidentschaftswahlen unterlegene stimmenstärkste Gegenkandidat), die in direkter Wahl nach dem Verhältniswahlrecht für fünf Jahre ihr Mandat ausüben und wiedergewählt werden können. Der Oberste Gerichtshof steht an der Spitze der Judikative und seine 16 Magistrate werden von der Nationalversammlung für eine siebenjährige Amtsperiode gewählt. Neben diesen drei traditionellen Gewalten gibt es noch als vierte Gewalt den Obersten Wahlgerichtshof, dessen fünf Magistrate für eine Amtsperiode von fünf Jahren ebenfalls von der Nationalversammlung gewählt werden. Der Gerichtshof überwacht die Einhaltung der Normen der Parteiengesetzgebung einschließlich der Parteienfinanzierung sowie den Wahlprozess.

Die Wahlgesetzgebung ist sehr kompliziert und auf die Bedürfnisse der beiden „Paktparteien“ ausgerichtet. Sie sieht gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (einschließlich des zentralamerikanischen Parlaments) sowie davon zeitlich getrennte Kommunal- und Regionalwahlen vor:

- Bei den Präsidentschaftswahlen siegt derjenige Kandidat mit den meisten Stimmen, wobei als Untergrenze ein Stimmenanteil von 40% gilt. Wird diese Grenze unterschritten, gilt der stimmenstärkste Kandidat als gewählt, wenn er mindestens 35% der Stimmen erreicht und ein Abstand von mindestens 5% zum nächstfolgenden Kandidaten besteht. Ist dies nicht gegeben, kommt es zur Stichwahl

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten.
- Bei den Parlamentswahlen gilt für 70 Abgeordnete das kombinierte Verhältnis- und Listenwahlrecht, wobei die Plätze auf den jeweiligen departementalen Parteilisten, in der Regel durch interne Vorwahlen, entschieden werden. Weitere 20 Mandate werden über nationalen Listen vergeben. Diese berechnen sich durch die Division der Gesamtzahl der Stimmen einer Partei durch den Wahlkoeffizienten (Gesamtzahl der gültigen Stimmen durch zwanzig zu vergebenden Sitze).
 - Die Gemeindewahlen werden alle vier Jahre durchgeführt. Nicaragua ist in 153 Gemeinden unterteilt. In den Gemeindewahlen werden die Bürgermeister direkt gewählt; die Gemeinde- und Stadträte nach Listen.
 - Ferner finden ebenfalls nach Listen alle vier Jahre Regionalwahlen statt, die die Repräsentanten für die beiden autonomen indigenen Selbstverwaltungsgebiete bestimmen.

Gesetzlich verankert ist das Recht der Parteien, staatliche und auch private Finanzierungen zu erhalten. Staatliche Finanzierung erhalten Parteien, wenn sie in den Wahlen mindestens 4% der Stimmen erreichen. Private Spenden sind steuerfrei, müssen allerdings auf spezielle Parteikonten eingezahlt werden. Die Auszüge dieser Konten sind von der Partei dem Obersten Wahlrat (*Consejo Supremo Electoral* – CSE) vorzulegen. In Wahlkampfzeiten erhalten die Parteien Sendezeiten im Fernsehen und Radio sowie Inseratsstellen in Zeitungen, die jedoch von der Partei bezahlt werden müssen. Internationale Organisationen dürfen die politischen Parteien mit technischer Beratung und Weiterbildung unterstützen.

Tabelle 13.1 Übersicht über die staatliche Wahlkampffinanzierung 2006

Partei	Gesamtkosten Wahlkampf (in US-Dollar)	Staatliche Erstattung (in US-Dollar)
Alianza Liberal Nicaragüense - Partido Conservador (ALN-PC)	4.633.000,-	2.605.000,-
Gran Alianza Nicaragua Triunfa (FSLN)	6.270.000,-	3.498.000,-
Partido Liberal Constitucional (PLC)	5.551.000,-	2.496.000,-
Alianza Movimiento Renovador Sandinista (MRS)	1.341.000,-	580.000,-
Alternativa por el Cambio (AC)	445.000,-	-,-
Gesamt	18.240.000,-	9.179.000,-

Quelle: Etica y Transparencia

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fanden am 5. November 2006 statt. Der FSLN ging als daraus als Sieger hervor und stellt den Präsidenten Daniel Ortega Saavedra (2007 bis 2012). In der Nationalversammlung sind vier Parteien bzw. Parteienallianzen vertreten: *Alianza Liberal Nicaragüense-Partido Conservador* (ALN-PC), *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC), *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN), sowie *Movimiento Renovador Sandinista* (MRS). Die sich ebenfalls zur Wahl gestellte *Alianza por el Cambio* (AC) des ehemaligen Guerrilla-Kommandanten der Sandinisten und Contreras, Edén Pastora, erreichte nicht die zum Erhalt der Rechtspersönlichkeit erforderlichen 4% der Stimmen.

Parteiensystem

Das Parteiensystem wird seit den Wahlen 1989 und der anschließenden Rückkehr zur Demokratie von zwei Lagern bestimmt: den Sandinisten und den Anti-Sandinisten, wo-

bei letztere eine strukturelle Mehrheit in der Wählerschaft besitzen. In den Wahlgängen 1989, 1996 und 2001 gewannen deshalb anti-sandinistische Allianzen, wie 1989 die *Unión Nacional de Opositores* (UNO) und 1996 sowie 2001 der *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC) die Wahlen auf allen Ebenen. Im Jahre 2002 wurde dann Ex-Präsident Arnoldo Alemán (1997–2002) wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das führte zu einer Spaltung der anti-sandinistischen Allianz und einer Neuformierung der Parteienlandschaft, die letztendlich den Erfolg des FSLN bei den Kommunalwahlen 2004 und den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006 ermöglichte.

Tabelle 13.2 Ergebnisse der Parlamentswahlen 2001 und 2006

Quelle: Oberster Wahlrat und Zeitungsmel-

Partei bzw. Parteienallianz	Sitzverteilung 2002 - 2006 nach Wahlen	Sitzverteilung nach Neuformierung am Ende der Legislaturperiode 2006	Sitzverteilung 2007- 2012 nach Wahlen	Sitzverteilung nach Neuformierung innerhalb der laufenden Legislaturperiode
Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)	43	40	38	42
Partido Liberal Constitucional (PLC)	47	42	25	25
Alianza Liberal Nacional - Partido Conservador (ALN-PC)		5	24	22
Movimiento Renovador Sandinista (MRS)			5	3
Alianza por el Cambio (AC)				
Bancada Azul y Blanco*		4		
Partido Conservador (PCN)	2			
Gesamt	92	91**	92	92

dungen.

* 2002 gründete sich die *Bancada Azul y Blanco* zur parlamentarischen Unterstützung der Regierung Bolaños,

** 2002 verlor Ex-Präsident Alemán sein Mandat.

Tabelle 13.3 Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen 2001 und 2004

Quelle: Oberster Wahlrat.

* APRE spaltete sich 2004 vom PLC ab und ging eine Allianz mit dem PC ein.

** Partido de Resistencia Nacional (PRN), Camino Cristiano (CC) sowie verschiedene Regionalparteien.

Partei	Wahlen 2000	Wahlen 2004
Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)	52	87
Partido Liberal Constitucionalista (PLC)	94	57
Alianza por la República / Partido Conservador (APRE*)	5	7
Andere Parteien**		1
Gesamt	151	152

So spaltete sich der bis dahin von Alemán dominierte PLC in einen „Alemán-Flügel“ und einen „Anti-Alemán-Flügel“, der sich rasch vom PLC distanzierte und neue Organisationsformen suchte. Angesichts der restriktiven Ausgestaltung des Parteiengesetzes für Parteigründungen (eine neue Partei muss in sämtlichen Gemeinden und Regionen über Parteioorganisationen verfügen) wurden zunächst Allianzen mit existierenden Parteien gebildet, die auch bei den Kommunalwahlen 2004 antraten. Im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006 kam es dann zu Fusionen und es bildete sich schließlich die *Allianza Liberal Nicaragüense-Partido Conservador* (ALN-PC) als neue Wahloption. Seither besteht das Parteiensystem auf nationaler Ebene aus vier Parteien mit parlamentarischer Präsenz.

Die Wahlen zum Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN), die zeitgleich mit den Parlamentswahlen abgehalten wurden, ergaben für ALN-PC fünf Mandate, für den PLC sechs, für den FSLN acht Mandate und für den MRS ein Mandat. Traditionell entsenden die Mitgliedstaaten des PARLACEN je 20 Abgeordnete.

Kurzprofil der Parteien:

Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN): Der FSLN entstand 1961 im Sog des Erfolgs der Guerrilla-Bewegung Fidel Castros auf Kuba als linksorientierte Sammlungsbewegung gegen die Diktatur der Somoza-Familie. Die Partei benannte sich nach Augusto Sandino, der in einem Guerrilla-Krieg gegen die amerikanische Besetzung des Landes in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts erfolgreich war und sie zum Abzug zwang. Nachdem es dem FSLN gelungen war, weite Teile der katholischen Kirche und der bürgerlichen Bewegung zu integrieren, wurde das Regime Somoza 1979 gestürzt und es entstand der FSLN als politische Staatspartei nach sozialistischem Muster in Programmatik und Organisation.

Nachdem der FSLN bis 1996 keine der Wahlen gewinnen konnte, wurde für die Kommunalwahlen 2000 die Wahlallianz *Convergencia Nacional* aus verschiedenen kleineren Parteien, darunter die christlich-demokratische *Unión Demócrata Cristiana* (UDC), gegründet, die bis zum heutigen Tag besteht. Für die Wahlgänge 2006 wurde die

Gran Alianza Nicaragua Triunfa unter Einschluß der *Convergencia* geschaffen.

International ist der FSLN der Sozialistischen Internationalen (SI) angeschlossen sowie der linksorientierten *Conferencia de Partidos Políticos de América Latina* (COP-PAL).

Tabelle 13.4 Ergebnisse der Wahlen in den autonomen Regionen 2002 und 2006

Partei	Sitzverteilung Wahlen 2002		Sitzverteilung Wahlen 2006	
	Autonome Region Nordatlantik (RAAN)	Autonome Region Südatlantik (RAAS)	Autonome Region Nordatlantik (RAAN)	Autonome Region Südatlantik (RAAS)
Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)	15	14	16	11
Partido Liberal Constitucional (PLC)	18	29	16	22
YATAMA*	11	2	13	6
Partido Movimiento Unidad Costeña (PAMUC)*	1			
Alianza Liberal Nacional – Partido Conservador (ALN-PC)				6
Gesamt	45	45	45	45

Quelle: Oberster Wahlrat.

* Yatama und PAMUC sind lokale Parteien der Karibikküste indigenen Ursprungs.

Partido Liberal Constitucionalista (PLC): Der PLC wurde von Ex-Präsident Arnoldo Alemán im Vorfeld der Wahlen 1996 als Caudillo-Partei gegründet und wird noch heute von ihm dominiert, obwohl er formal nach seiner Verurteilung kein politisches Amt ausüben darf. Der PLC hat seine Wählerbasis auf dem Lande. Seine Wurzeln reichen bis in die Gründungsphase der Republik zurück, als sich die liberale Bewegung mit Schwerpunkt um die Stadt León im Norden und die

konservative Bewegung um die Stadt Granada formierte und in einem Bürgerkrieg um die politische Vorherrschaft kämpfte. In der Somoza-Diktatur (1937-1979) verkam diese Partei zum politischen Vehikel der Somoza-Familie.

Programmatisch ist der PLC rechts der politischen Mitte einzuordnen, er weist jedoch kein klares Profil auf. Sein politischer Einfluss dient Arnoldo Alemán als politisches Faustpfand zur Verbesserung seiner persön-

lichen Situation.

Zu den National- und Regionalwahlen 2006 bildete der PLC eine Allianz mit kleineren Parteien, darunter die *Camino Cristiano Nicaragüense* (CCN), eine von der protestantischen Bewegung unterstützten Partei.

Bis zum Jahre 2005 war der PLC Mitglied der Liberalen Internationalen (LI), wurde jedoch aufgrund der führenden parteipolitischen Rolle von Arnoldo Alemán ausgeschlossen.

Alianza Liberal Nicaragüense – Partido Conservador (ALN): Die ALN wurde 2006 von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ihrem Präsidentschaftskandidaten Eduardo Montealegre mit Dissidenten aus dem PLC gegründet. Ausgangspunkt war der Widerstand gegen die trotz seiner Verurteilung weiterhin ausgeübte politische Kontrolle des PLC durch Arnaldo Alemán und den Auswirkungen des „politischen Paktes“ zwischen PLC und FSLN.

Die programmatischen Vorstellungen der ALN werden vom politischen und wirtschaftlichen Liberalismus bestimmt. Ihre Wählerbasis ist stärker in den urbanen Zentren vertreten und ein Teil der Unternehmer unterstützt die ALN. International gibt es enge Beziehungen zur Liberalen Internationalen (LI), bei der sie Beobachterstatus besitzt.

Zu den Wahlen 2006 auf nationaler und regionaler Ebene bildete die ALN eine Allianz mit dem PC und weiteren kleineren Parteien, darunter auch der christlich-demokratische *Partido Social Cristiano* (PSC). Gemeinsam traten sie als *Alianza Liberal Nacional-Partido Conservador* (ALN-PC) an, die auch als Fraktionsgemeinschaft im Parlament weitergeführt wird.

Partido Conservador (PC): Der PC ist die älteste Partei des Landes. Ihre Anfänge, wie die des PLC, gehen auf die Gründungszeit des Landes zurück. Mit der Somoza-Diktatur, die sich vor allem auf die liberale Bewegung stützte, verlor der PC seinen politischen Einfluss, den er auch nach der Rückkehr zur Demokratie 1989 nicht wiedererlangte. Der PC blieb nach der PLC und der FSLN abgeschlagen die dritte politische Kraft.

Als national-konservative Partei politisch rechts von der Mitte angesiedelt, hat der PC seine traditionelle Basis vor allem in Granada sowie im ländlichen Raum. Die Partei ist programmatisch und organisatorisch gut aufgestellt und bildet im Parlament eine Fraktionsgemeinschaft mit der ALN.

International gehört der PC der konservativen *Unión de Partidos de América Latina*

(UPLA) sowie der Internationalen Demokratischen Union (IDU) an.

Movimiento Renovador Sandinista (MRS): Der MRS ist von Parteimitgliedern der Sandinisten unter dem ehemaligen Vizepräsidenten Sergio Ramírez 1996 gegründet worden. Sein Anliegen war die Demokratisierung der Parteistrukturen des FSLN. Er vereinigt heute die intellektuelle linksgerichtete Elite des Landes (darunter z.B. die Schriftsteller Gioconda Belli und Ernesto Cardenal). Bis 2005 stellte der MRS aber eine unbedeutende politische Kraft dar. Erst das Engagement des ehemaligen populären Bürgermeisters von Managua und Präsidentschaftskandidaten Herty Lewites ließ sie zu einer erfolgversprechenden politischen Option werden. Einer entsprechenden Wahlallianz schlossen sich Dissidenten der christlich-demokratischen Partei (PSC) an. Durch den unerwarteten Tod Lewites im Juli 2006, wenige Monate vor den entscheidenden Wahlen, sank die Bedeutung der Partei, die heute die vierte politische Kraft des Landes darstellt.

Ihr Programm beruht auf sozialdemokratischen Vorstellungen und ist im Parteienspektrum links der Mitte angesiedelt. Auf internationaler Ebene ist der MRS keiner Parteienvereinigung angeschlossen.

Christlich-demokratische Parteienlandschaft

Nachdem die christlich-demokratische Bewegung bei der Rückkehr zur Demokratie 1989 eine bedeutende Rolle gespielt hat, führten interne Auseinandersetzungen zu ihrer Aufsplitterung. Parteipolitische Organisationen der Christdemokratie entstanden jedoch bereits 1957. In den 1960er Jahren dominierten sie die studentische Bewegung. In der Zeit von 1978 bis 1996 entstanden fünf christlich-demokratische Parteien auf der Grundlage unterschiedlicher politischer Strategien: der *Partido Popular Social Cristiano* (PPSC), der *Partido Democrático de Confianza Nacional* (PDCN), die *Unión*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Demócrata Cristiana (UDC), der *Partido Acción Nacional (PAN)* und der traditionelle *Partido Social Cristiano (PSC)*.

Nominell gibt es zwar immer noch einige dieser christlich-demokratischen und sozial-christlichen Parteien, die jedoch für sich alleine kein politisches Gewicht mehr besitzen. Hervorzuheben sind jedoch der *Partido Unión Demócrata Cristiana (UDC)*, die einzige christlich-demokratische Partei, die eine gültige Rechtspersönlichkeit besitzt sowie einzelne Splittergruppen des *Partido Social Cristiano (PSC)*, deren Vorsitzender José Esteban González ist. Die UDC ist, wie bereits erwähnt, mit dem FSLN alliiert. Hauptakteur ist Agustín Jarquín, der sowohl Abgeordneter des FSLN ist als auch das Amt des Generalsekretärs der UDC innehat. Weder die UDC noch der PSC sind einer internationalen Parteienvereinigung angeschlossen.